

## **Die junge Demokratie Litauen**

### **- Welche Rolle spiel(t)en die Parteien im Demokratisierungsprozess Litauens? -**

#### **Litauen in Kürze**

Der 11.03.1990 ist in Litauen ein Nationalfeiertag. An diesem Tag ist nach 40jähriger Sowjetischer Staatsmacht die Unabhängigkeit der Republik Litauen wieder hergestellt worden. Litauen gehört zu den östlichen Anrainerstaaten und jüngst Mitglied der Europäischen Union (1. Mai 2004). Mit einer Fläche von 65.000 qkm ist Litauen flächenmäßig Lettland und Estland überlegen. Die knapp 3,7 Millionen Einwohner zeichnen sich gegenüber der Bevölkerung der anderen baltischen Staaten durch eine große ethnische Homogenität aus. Mehr als 80 Prozent sind Litauer, 6 Prozent Russen, 6 Prozent Polen und 8 Prozent gehören anderen Nationalitäten an. Minderheitenkonflikte sind auf ein Minimum reduziert. Der ausschlaggebende Grund ist nicht die vorbildliche Partizipation aller Minderheiten im politischen Prozess. Vielmehr ist es ein baltisches Phänomen, dass die Bevölkerungsminoritäten wenig Interesse zeigen ihre Interessen zu bündeln und korporativ einzubringen. (vgl. Beichelt, 2201, S. 278)

Litauen weist spezifische Merkmale einer parlamentarischen Demokratie mit stark präsidentialen Zügen auf. Die Seima ist ein Einkammerparlament, welches für vier Jahre vom Volk gewählt wird. Die letzte Wahl fand im Juni 2004 statt. Die Regierungsparteien gehören dem sozialliberalen bzw. sozialdemokratischen Lager an. Das Amt des Regierungschefs hat der alte und neue Regierungschef Algirdas Brazauskas inne. Der Präsident wird für fünf Jahre vom Volk gewählt. Amtierender Staatspräsident ist der 77jährige Ex-Präsident Valdas Adamkus. Er gewann am 13. Juni 2004 mit 52 Prozent der Stimmen, gegen die Ex-Regierungschefin Kazimiera Prunskiene (48 Prozent). Sein Vorgänger Rolandas Paksas wurde vorzeitig aus dem Amt enthoben. Vorausgegangen ist ein politischer Skandal, in dem ihm vorgeworfen

wurde Staatsgeheimnisse verraten, Wahlkampfspender und eigene Aktiengeschäfte bevorzugt zu haben.

## **Litauens steiniger Weg zur Demokratie**

Litauen hat auf dem Weg zur heutigen Unabhängigkeit zahlreiche Stationen von Unterdrückung, Fremdbesetzung und Repression über sich ergehen lassen müssen. Unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Entwicklung muss man bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurück gehen. Zu dieser Zeit setzte eine litauische Nationalbewegung ein, die gegen die Fremdherrschaft durch die Russen aufbegehrte. Zum ersten Mal konnte der litauische Landtag konstituieren. Mit dem 1. Weltkrieg wurde das Land von den Deutschen besetzt. Mit Kriegsende (1918) wurde im Versailler Vertrag die Unabhängigkeit Litauens amtlich. Mit der Unterzeichnung der Verfassung 1920 und der Erklärung zur Republik Litauen erfolgten die ersten Gehversuche in Richtung Demokratie. Zu einer Konsolidierung sollte es nicht kommen. Der 1926 von nationalistischen Kräften verübte Staatsstreich glückte. Der konservative Politiker Antanas Smetona übernahm das Amt des Staatspräsidenten und etablierte ein autoritäres Regime. Mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges und der fortwährende Streit um das Memelgebiet schlossen die Regierungen Litauens und der Sowjetunion einen Beistandspakt. Eine prosowjetische Regierung übernahm die Macht in Litauen und forderte die sofortige Wiedereingliederung Litauens in die UdSSR. Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Litauen (Hintergrund war der Hitler-Stalin –Pakt von 1939) stimmte das Parlament bei pseudodemokratischen Wahlen (1940) und mit der sinnbildlichen Pistole auf der Brust den Forderungen zu. Aus der einen Ohnmacht fiel das Land in die nächste. 1941 mit dem Überfall der deutschen auf die Sowjetunion, wurde das Land erneut besetzt. Knapp ein Viertel der litauischen Bevölkerung fiel dem Holocaust zum Opfer. Mit dem Sieg über die deutschen Truppen im Jahre 1944 besetzten die sowjetischen Truppen erneut das Land. Anfangs stieß die Rote Armee auf heftigen Widerstand. Erbitterte Kämpfe zwischen litauischen Partisanen und den Sowjets hielten bis 1953 an. Am Ende ihrer Kräfte unterlagen die Partisanen der sowjetischen Armee. Sie duldeten, aber akzeptierten nicht die neue Regierung. Ganz im Sinne der UdSSR wurde Litauen in Litauische Sozialistische Sowjetrepublik umbenannt. Unter dem Einfluss Moskaus entwickelte sich die Kommunistische Partei Litauens (KPL) aus treibende und

führende Kraft im Land. Dies hielt bis Mitte der 80er Jahre an, als Michael Gorbatschow zum russischen Präsidenten ernannt wurde. Der weniger reformscheue Politiker gab den Auftakt für eine Transformation aller baltischen Staaten. Eine Liberalisierungswelle, damals noch unbekanntes Ausmaßes, setzte ein und endete im Zerfall der Sowjetunion.

Die Konsolidierung einer Demokratie ist ein langwieriger komplexer politischer und gesellschaftlicher Kraftakt. Dieser Prozess wird in drei Phasen unterteilt:

1. Liberalisierung
2. Demokratisierung
3. Konsolidierung

Zur systematischen Untersuchung der drei Phasen soll die Rolle der Parteien im Demokratisierungsprozess einbezogen werden.

## **1. Liberalisierungsphase**

Bis 1986 unterlagen Verbände, Medien und die Kirche der absoluten Kontrolle durch Staat oder Partei. Die Bürger wurden zwangsverpflichtet den Gewerkschaften und der kommunistischen Blockpartei beizutreten. So war eine gewisse staatliche Kontrolle, aber auch die Organisation von Ferienaufenthalten für Kinder, die Arbeitsplatzbeschaffung je nach Kurs der Planwirtschaft, um nur einige Beispiele zu nennen, jederzeit gesichert. Neben der gleichgeschalteten Blockpartei fungierten nur wenige Anti-Regime Splittergruppen im Untergrund. Dazu zählt das Oberste Befreiungskomitee Litauens (VLIK). Ihr Handlungsrahmen beschränkte sich auf das Verbreiten verbotener Schriften.

Gorbatschows Liberalisierungspolitik, die sogenannte „Perestroika“, war eine Reaktion auf die ansteigende Unzufriedenheit, die sich in den baltischen Staaten breit machte. Eine neue Taktik zur Gewährleistung und Rechtfertigung des kommunistischen Regimes war vonnöten. In dieser Zeit gründete sich in den Kreisen Intellektueller aus Natur- und Technikwissenschaft, Künstler und Geisteswissenschaftler die „Bewegung für die Perestroika in Litauen“, kurz Sajudas genannt. Anfangs unterstützten sie den Reformkurs Gorbatschows- er ließ sie gewähren- bis das Ziel, die Unabhängigkeit Litauens, in den Vordergrund rückte. Die offizielle Anerkennung blieb ihnen ohnehin vorenthalten, da Artikel 6 der

sowjetischen Verfassung nur die KPdSU als einzige politische Partei anerkannte. Die Träger und Initiatoren der Bewegung Sajudas durchbrachen das kommunistische Meinungsmonopol. Im zunehmendem Maße wurde die Berichterstattung in der Presse kritischer. Von 1988 bis 1989 wurden allein in Litauen mehr als 600 Zeitschriften oder Zeitungen gegründet. Ein Meinungspluralismus machte sich breit. Die gesellschaftlich freigesetzten Kräfte bewirkten 1989 die Aufhebung des Parteiengesetzes. In Folge spalteten sich die litauischen Reformkommunisten von der KPdSU ab und konstituierten sich unter der Bezeichnung „Litauische Partei der Arbeit“ (LDDP). Bei der im Februar 1990 anstehenden Wahl zum Obersten Rat (Oberste Sowjet der Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen) zeichnete sich ein ganz klares bipolares Kräfteverhältnis zwischen den Sajudas, die sich aus vielen kleinen Gruppierungen die für die Unabhängigkeit Litauens eintraten, zusammensetzten und den litauischen Postkommunisten unter der Führung von Algirdas Brazauskas, ab. Schneller als in Lettland und Estland wurde ein liberales Mehrparteiensystem legalisiert. Die Parlamentswahlen im Februar 1990 entschieden die Sajudas für sich. Am 11. März im gleichen Jahr erklärte das litauische Parlament unter Führung des litauischen Präsidenten Vytautas Landsbergis die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens.

Moskau sah dem natürlich nicht tatenlos zu. Gorbatschow besuchte Litauen und mahnte zur Einsicht. Nichts half. Ein Tauziehen zwischen dem „großen Bären“ und Litauen. Die sowjetische Regierung antwortete mit einer Wirtschaftsblockade und drehte wortwörtlich den Gashahn ab. Die Bevölkerung blieb standhaft. August 1991 besetzten sowjetische Truppen eine Fernsehanstalt und blockierten die internationalen Telefonleitungen. Die Lage spitzte sich zu. Die noch im selben Monat offizielle Anerkennung der baltischen Staaten durch die EG und die USA verhinderten ein weiteres Vorrücken sowjetischer Truppen und womöglich ein größeres Blutvergießen.

## **2. Demokratisierungsphase**

Die Liberalisierungs- und Demokratisierungsphase verschwimmen ineinander. Ein Grund dafür ist, dass der „Sturz“ des autokratischen Regimes in Etappen und nicht in einem Schub erfolgte. Man spricht allgemein von einem Beginn der Demokratisierungsphase mit der Herstellung des Wettbewerbs und der Auflösung

des Einparteimonopols. Im Fall Litauen setzte dieser Prozess mit den ersten freien Parlamentswahlen 1990 ein. Die Sajudas hielten auch in den folgenden Jahren an ihrem kompromisslosen innen- und außenpolitischen Kurs fest. Dies bescherte ihnen eine Abwahl im Sommer 1992. Stattdessen wurde der Postkommunist Brazauskas zum Präsidenten gewählt. Eine Rückbesinnung zum „linken Flügel“ ist damit zu erklären, dass in Litauen der pro-sowjetische Flügel in der KP schwach ausgeprägt und eine sowjetische Fremdherrschaft im Gegensatz zu den anderen baltischen Staaten gering ausgeprägt war (siehe ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung).

Neben den beiden polarisierenden Parteien kristallisierte sich nach und nach eine Mehrparteienlandschaft, aus wieder- und neugegründeten Parteien, heraus. Neben den bereits genannten Sajudas und der Litauischen Demokratischen Arbeitspartei wurde 1989 die Litauische Sozialdemokratische Partei (LSDP) gegründet. Wie aus dem Namen zu entnehmen, vertritt sie sozialdemokratische Positionen und buhlt mit der LDDP um die Wählergunst. Des Weiteren wurde die Zentrums-Partei (LCS) als Partei der Mitte gegründet. Etwas später (1998) aber auch weiter in der Mitte einzuordnen, ist die Neue Vereinigung- Sozialliberale (LLS) gegründet worden. Sie vertreten klassische liberale Positionen. Als einzige Partei mit religiöser Ausrichtung ist die Christdemokratische Partei Litauens (LKDP) vertreten. Ihre Wurzeln sind in dem ersten Demokratisierungsversuch Litauens 1920 zu suchen. Ihr parteipolitisches Programm hat sich seit dem nicht verändert (vgl. Ismayr, 2003, S. 168-169)

### **3. Konsolidierungsphase**

Die Konsolidierung als abschließende Phase ist ein komplexer Prozess. „Die Konsolidierung der Demokratie zunächst Festigung oder Sicherung der Herrschaftsordnung, die über bestimmte institutionelle Rahmensetzungen eine Rückbindung der staatlichen Herrschaft an den demos gewährleistet.“ (Beichelt, 2001, S. 23) Die Etablierung politischer Parteien ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren grundlegender staatlicher Institutionen. Sie müssen in der Lage sein politische Aufgabenfelder mit dem nötigen Know-how zu bewältigen, dazu ist eine politische Elite als Rekrutierungsreserve zur Besetzung politischer Ämter Voraussetzung. Ebenso muss ein Minimum an Mitgliedern vorhanden sein. Die einerseits für finanzielle als auch organisatorische Ressourcen

auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene verantwortlich sind. Und letztendlich auch zur Mobilisierung von Wählern beiträgt. (vgl. Segert ; Ausgabe Merkel & Schneider; 1997, S.78)

Nach der Unabhängigkeit entstanden neben dem bipolaren Kräfteverhältnis von Sajudisten und Postkommunisten die Institutionen der Demokratie. Erst danach bildeten sich einzelne Parteien heraus. Ein Erklärungsansatz ist in dem jahrzehntelangen Selbstverständnis einer Blockpartei und die Unwissenheit über die Partizipationsmöglichkeiten und die Einflussnahme auf das politische System mittels Parteien zu finden. Nicht zuletzt hat die parlamentarische Arbeit zur Stabilisierung der Parteien beigetragen und die Bildung klarer politischer Profile begünstigt. Welche institutionellen Bedingungen förderten die Bildung der Parteienlandschaft?

1. Mit dem Wahlgesetz vom 8.7. 1992 formierte sich das litauische Parteiensystem. Der bisherige bipolare Trend wurde aufgebrochen und trug zur Neugründung von Parteien bei. Die zentrale Bedeutung von Parteien für das Funktionieren eines parlamentarischen Systems wurde noch verstärkt, indem nicht nur die Abgeordneten für das Parlament, sondern auch die Kandidaten für die Selbstverwaltung der Kommunen aus ihnen rekrutiert wurden.
2. Der richtige Zeitpunkt der ersten Mehrparteienwahl muss wohlüberlegt sein. Das Wahlrecht und –system muss den demokratischen Grundsätzen entsprechen, d.h. faire, freie, geheime Wahlen und die Aufstellung aller Parteien muss garantiert sein. Die ersten Wahlen zum Obersten Rat im Jahre 1990 ergaben ein bipolares Parteienverhältnis. Zu diesem Zeitpunkt gab es weder eine verfassungsrechtliche Verankerung der Parteien noch die bereits starke Stellung der Parteien in der kommunalen Selbstverwaltung.
3. Die ersten gesetzlichen Bestimmungen über die Tätigkeit und Organisation von politischen Parteien wurden 1994 erlassen. Gruppierungen die rassistische, religiöse oder soziale Diskriminierung propagieren oder autoritäre und totalitäre Herrschaftsformen vertreten, sind seitdem verboten.
4. Im Jahre 1999 wurde ein Gesetz zur Regelung der Parteifinanzierung erlassen. Dies besagt, dass allen Parteien und Organisationen welche bei Parlaments (Seima)- oder Kommunalwahlen mehr als 3% der Stimmen erhalten haben, 0,1 % des jährlichen Haushaltes zusteht. Zudem müssen Spendengelder und andere finanzielle

Bezüge offengelegt werden. Eine finanzielle Unterstützung von Seiten des Gesetzgebers ist gewährleistet.

Die Konsolidierungsphase verlief in allen baltischen Staaten ähnlich ab und dauert bis heute an. Als weitere Faktoren, welche die Funktionsweisen und Strukturen der Parteiensysteme beeinflusst haben, sind zu nennen; die Art des Wahlsystems und der Kampf um die Wählerschaft.

5. Das Grabensystem, wie es in Litauen vorzufinden ist, mit Elementen aus Verhältnis- und Mehrheitswahlen, begünstigt eine stabile Regierungsmehrheit. Minderheiten können mittels Direktmandat am politischen Geschehen teilnehmen. Problematisch wird es, wenn eine starke Fragmentierung des Parteiensystems vorliegt. In den litauischen Parlamentswahlen von 1992 bis heute zeichnet sich ein Trend zur „Mitte“ ab. Splittergruppen aus dem linken oder rechten Lager schlossen sich zu größeren Parteien zusammen. Die sogenannten „Forumsparteien“, z.B. „Sajudas“ zerfielen mit dem Verschwinden des „Feindes“.

6. Ebenso kämpfen alle neuen Demokratien mit einer hohen Wählerfluktuation. Die jungen Parteien verfügen über eine noch geringe gesellschaftliche und soziale Verankerung. Das Vertrauen der Wähler ist nach der Blockparteien-Herrschaft nur schwer zurückzugewinnen. Besonders wenn die zentrale Funktion des neuen politischen Systems von den Parteien ausgeht. (vgl. Merkel&Puhle, 1999, S. 147-149)

Die Vaterlandsunion/Konservative Litauens (TS/LK) und die LKDP, die dem konservativen Lager zuzuordnen sind, verfügen über die größte Stammwählerschaft. Die Wähler sind konfessionell homogen und gehören der älteren Generation an. Die Parteien der Mitte, Zentrumsvereinigung Litauen (LCS) und Neue Vereinigung Sozialliberale erfreuen sich bei den jüngeren Wählern bis 40 Jahre unabhängig von Konfession, Bildung und Geschlecht größter Beliebtheit. Die Litauische Sozialdemokratische Partei (LSDP) und die Litauische Demokratische Arbeitspartei (LDDP) finden ihre Wähler unter der männlichen Bevölkerung mit technischen Berufen und auf dem Lande. (vgl. Ismayr, 2003, S. 171-172)

### **Konsolidierungstrend**

Bei all den Bemühungen ist das Parteiensystem noch nicht auf dem Stand westlicher Länder. Statt großer Volksparteien tummeln sich viele kleinere Parteien auf dem

politischen Sektor. Dies erschwert eine stabile Regierungsbildung. Der litauische Wähler ist kein Stammwähler, die Fülle an Parteien die sich größtenteils in ihren Programmen ähneln, erschweren eine kontinuierliche Regierungsarbeit.

Nach dem Sieg der Reformkommunisten bei den Parlamentswahlen 1992 gelangte die Opposition (Christliche Demokraten) 1996 an die Macht. Hierbei ist zu erwähnen, dass die Wahlbeteiligung massiv (-20%) abgenommen hatte. Die LDDP verzeichnete schmerzhafteste Verluste von Seiten der Wählerschaft. Kein Einzelschicksal. Eine starke Wählerfluktuation und Wählerbewegung ist kennzeichnend für die baltischen Staaten. Erdbebenartige Alternationen mit Verlusten von über 30 Prozentpunkten, wie bei der LDDP, blieben den Parteien bei den Parlamentswahlen in Estland und Lettland ebenfalls nicht erspart. (vgl. Beichelt, 2001, Tabelle S. 270)

Die nächste Wahlperiode von 2000-2004 entschied die Soziale Mitte für sich. Ministerpräsident und noch während seiner Amtszeit als MP zum Staatspräsidenten ernannt, wurde Rolandas Paksas. Grund ist eine Regierungsumbildung im Jahr 2003 zugunsten einer Koalition zwischen sozialdemokratischer und sozialliberaler Partei. Die bereits angesprochenen vorgezogenen Neuwahlen im Jahr 2004 gewann Valdas Adamkus. Fast alle Parteien haben den Sprung ins Parlament geschafft. Auch eine Anhebung der Sperrklausel von 2% auf 5% konnte dies nicht verhindern. (vgl. [www.litauen-info.de](http://www.litauen-info.de))

## **Ausblick**

In Litauen und fast allen ehemals sowjetischen Staaten fand der Entwicklungsprozess zeitverzögert statt. Die in der Verfassung festgesetzten übergeordneten politischen Institutionen geben den Rahmen von oben vor. Die Bündelung gesellschaftlicher Interessen in funktionsfähigen Parteien muss von unten erfolgen. Es liegt in der Hand des Volkes inwiefern die politischen Institutionen respektiert und die dadurch entstehenden Partizipationsmöglichkeiten genutzt werden. Der Trend entwickelt sich positiv. Die in den Anfangsjahren starke Fragmentierung des Parteiensystems weicht allmählich einer strukturierten Parteilandschaft. Eine gewisse programmatische Konstanz der großen Parteien zeichnet sich ab und bietet dem Wähler die Möglichkeit sich zwischen Sachalternativen zu entscheiden. Die Anti-Regime Gegner sind verstummt. Die

postkommunistischen Parteien sind auch weiterhin Angelpunkt des Parteiensystems. Nicht zuletzt, weil die weltanschauliche Auseinandersetzung der Bevölkerung nach dem Zusammenbruch des alten Regimes, nur geringfügig gefördert wurde. Zudem erinnern sich besonders die älteren Wähler an die relativ modernen Tendenzen des Kommunismus und das frühe Eintreten der Postkommunisten für eine Unabhängigkeit Litauens. (vgl. Merkel&Schneider,1997, S. 59) Die konsolidierungsgefährdenden Regierungswechsel- und Regierungsumbildungen waren lange genug Tradition in Litauen. Die polarisierenden Kräfte sind weitgehend marginalisiert. Ein konsolidiertes Parteiensystem weitgehend etabliert. Das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Rolandas Paksas, zum ersten Mal in der Geschichte der EU, hat tiefe Wunden hinterlassen. Andererseits hat es gezeigt, dass sich in der jungen Demokratie Litauen alle an die bestehenden Gesetze halten müssen; auch der Präsident. Den ersten Schritt in Richtung konsolidierte Demokratie hat Litauen gut gemeistert.

## Literaturverzeichnis:

- Hellmann, Manfred; 1966 Grundzüge der Geschichte Litauens; Darmstadt
- Ismayr, Wolfgang; Die politischen Systeme Osteuropas; Leske +Budrich 2003
- Merkel, Wolfgang, Sachsneider, Eberhard, 1997, Systemwechsel 3- Parteien im Transformationsprozess, Leske +Budrich
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; 1999, Von der Diktatur zur Demokratie, Westdeutscher Verlag
- Prunskiene, Kazimiera; 1992, Leben für Litauen, Ullstein Berlin
- Schmidt, Alexander; 1992, Geschichte des Baltikum, R. Piper GmbH München
- Scholz, Friedrich,; Tenhagen, Wolfgang, 1996, Die baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit, LIT Verlag
- Tsatsos, Dimitris Th.; Kedzia, Zdzislaw ; 1994, Parteienrecht in mittel- und osteuropäischen Staaten, 1. Auflage, Baden-Baden
- Walter, E.; 1939, Estland, Lettland, Litauen, Berlin

<http://www.osteuropa.ch>

<http://www.litauen-info.de>

<http://www.auswaertiges-amt.de>